

KGW's Rundschreiben



26.09.2017
Seite 1 von 5

Deutschland in Europa und der Welt

Dass die Gründungsväter die **Eurozone** nach Gefühl aufgestellt haben und nicht nach Vernunft, ist heute unbestritten. Auch für die deutsche Politik war das eine Herzensangelegenheit und man hat nach Gefühl gearbeitet, aber das war offensichtlich nicht ausreichend. Heute weiß niemand, wie es in der EU so recht weitergehen soll. Die deutschen Politiker warten zunächst die Wahl ab, um dann zu dem Thema etwas zu sagen. Am 13. dieses Monats hat sich aber der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit seiner jährlichen Grundsatzrede weit aus dem Fenster gelehnt. Dabei sprach er Frankreich, aber insbesondere die deutsche Bundeskanzlerin Merkel an. Bisher haben sich beide Länder ein Vetorecht in der Außenpolitik und bei Steuerangelegenheiten vorbehalten. Die Souveränität will Juncker beiden wegnehmen. Er begründet das damit, dass die EU am Markt nur als Ganzes gegen Wirtschaftsmächte wie USA, Russland und China eine Chance hat. Seine Behörde möchte er aufwerten zu einer Art EU-Regierung. Er möchte, dass künftige Kommissionspräsidenten Personalunionen mit dem EU-Ratspräsidenten bilden und als Führungsfigur der Staatengemeinschaft eingesetzt werden. Der EU-Wirtschaftskommissar soll dann EU-Finanzminister werden und den europäischen Währungsfonds steuern. Er will Stärke zeigen und damit sein bisher schwaches Profil aufmöbeln. Wahrscheinlich wären aber dazu europäische Wahlen erforderlich und davor scheut sich die bisherige EU-Führungsriege. Die europäischen Staaten wollen kein Bundestaat werden, sondern ein Staatenbund bleiben. Deshalb war die Rede von Juncker lediglich ein Säbelrasseln, denn die Zeit für ein solches Europa ist noch längst nicht reif.

Bei **Einführung des Euro** wurden verschiedene Währungen, die unterschiedlich stark waren (Lira, Peseta, Franc) abgelöst. Durch das gemeinsame Geld entfielen die Kosten des Wechselns. Die EU-Kommission schätzt die dadurch entfallenen Kosten für Deutschland 1990 auf 0,25-0,5% des Bruttoinlandsproduktes = 7-15 Milliarden Euro. In seiner jährlichen Grundsatzrede sprach J.-C. Juncker davon, den Euro in allen EU-Staaten einzuführen. Das würde zwar dem geltenden Vertrag entsprechen, aber seit der Euro-Krise hat wohl niemand ernsthaft von einer Erweiterung der Währungsunion gesprochen. Vielleicht wäre es besser, die Schwächen der Währungsunion zu beseitigen und anschließend den Euro auf die gesamte EU zu erweitern. Man würde sonst die gleichen Fehler machen, die man bisher bereits gemacht hat.

Kritiker behaupten, **Deutschland** habe **vom Euro profitiert**. Das stimmt insofern nicht, als Deutschland bei den durchschnittlichen Wachstumsraten (1999-2015 ca. 1,4 %) des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nur einen hinteren Platz belegt. Richtig ist vielmehr (so sieht es auch Paul Krugmann), dass Deutschland seine Gesundung dem inflationären Boom im Rest Europas zu verdanken hat. Die relative Schwäche des Euro gegenüber einer hypothetischen D-Mark ist ein Vorteil für Deutschland. Viele EU-Länder waren aber nicht so erfolgreich wie Deutschland. Das belastet den Eurokurs, half aber dem deutschen Export. Dafür wurde Deutschland international angegriffen. Die starke US-Dollar-Parität macht den Exporteuren das Leben zurzeit schwer, weil sich ihre Produkte am Weltmarkt verteuern. In Relation: Importe verbilligen sich. In den letzten acht Monaten hat der Euro gegenüber dem Dollar ca. 15% gewonnen. Einen solchen Anstieg gab es zuletzt vor sechs Jahren. In dem Zusammenhang muss man aber sagen, dass es 2014 in einem ähnlichen Tempo nach unten ging. Jetzt muss man sich fragen, wie es weiter geht. Die Währungsexperten verweisen auf Chartsignale. In erster Linie haben die Notenbanken Einfluss auf den Wechselkurs. Je höher der Zinsanreiz, desto mehr Geld fließt in den jeweiligen Währungsraum. Wenn wir allerdings den realen Markt sehen, dann ist es paradox, denn die Fed (amerikanische Notenbank Federal Reserve) hat seit Dezember 2015 den Leitzinssatz viermal auf eine Spanne bis 1,25 % erhöht, während die EZB immer noch bei 0 bleibt. Sollte der Euro weiter aufwerten, bleibt der EZB wahrscheinlich nichts anderes übrig als zu intervenieren um dem Euro damit Zügel anzulegen. Es würde jetzt zu weit führen, wenn wir die Exporte, das Verbraucherverhalten, Sparverhalten, Goldpreisveränderungen und die Aktienmärkte beschreiben würden, die alle Einfluss auf die Parität haben. Nach wie vor wird der Dollar aber sicherlich nicht den Status der Leitwährung verlieren. Währungsexperten glauben kurzfristig an eine Bandbreite von 1,16-1,20 und in der zweiten Hälfte 2018 an ein Szenario, bei dem sich entscheidet, ob der Euro ein Potential hat, um bis auf 1,40 zu steigen.

2008 zeigte die Krise des irischen **Bankensystems**, welche Defizite die Eurozone bei der Bankenregulierung hat. Die Arbeit der europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) waren Reformmaßnahmen, die bis heute weitestgehend ins Leere liefen. Es ist nicht gelungen die Banken krisenfest zu machen (und eventuelle Verluste selbst zu übernehmen und nicht auf den Steuerzahler abzuwälzen). Bankenregulierungen sind bisher weder transparent noch unabhängig,

so dass eine Reform weit entfernt ist. Anhand der derzeitigen italienischen Bankenkrise erkennt man die Unfähigkeit, dass selbst verordnete Regeln nicht eingehalten werden. Der Ausgang des Streits (es geht darum, was und in welcher Höhe der Steuerzahler zuschießen muss) zwischen der italienischen Regierung und der europäischen Bankenaufsicht ist noch nicht abzusehen. Politisch und ökonomisch hat die Krise die Mitgliedsstaaten in den Geberländern (die sehen ihre Hilfsbereitschaft zwischenzeitlich als erschöpft an) und den Nehmerländern (die trotz Hilfen am Rande der Leidenschaftlichkeit stehen) geteilt. Hier tummeln sich Nationalisten und Populisten und heizen kräftig an. Das Brexit-Votum der Engländer sollte für die EU als Warnung verstanden werden.

Die EU-Länder haben sich viele Regeln gegeben, aber Institute, die kontrollieren und diese durchsetzen können, gibt es nicht. Nach der Rede des J.-C. Juncker wäre es vielleicht sinnvoll, ein europäisches Finanzministerium zu bilden. An der Spitze ein Kassenwart, den das größte Land stellt, nämlich Deutschland. Dazu hat die Bertelsmann Stiftung eine Studie erstellt! Wahrscheinlich will jedes Land Reformen, von den eigenen Kompetenzen will aber keines der EU-Länder etwas abgeben. Deshalb ist es sehr schwierig, alle unter einen Hut zu bekommen. Wenn demnächst eine Vertragsänderung nötig ist, kann man mit ellenlangen Verhandlungen rechnen. Jedenfalls wäre es ein Symbol, dass man gemeinsam Reformen will und nicht am derzeitigen Krisenstatus kapituliert.

Wenn Neuerungen künftig nicht von allen EU-Mitgliedsstaaten gewollt werden, sollte man in die EU-Verträge eine (vielleicht zeitlich befristete) geordnete Austrittsklausel aufnehmen. Risiken sind damit einige verbunden. So könnten aber Krisenländer durch Währungsabwertungen ihre Güter und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt verbilligen und ihre Wirtschaft in Ordnung bringen. Sie würden sich somit selbst aus dem „Sumpf“ ziehen und Hilfe von anderen Ländern wäre nicht nötig.

Im Sommer 2015 wurde Europa mit der größten **Flüchtlingsbewegung** seit dem 2. Weltkrieg konfrontiert. Dass man sich Länder aussucht, in denen man die größten sozialen Wohltaten bekommt, ist selbstverständlich. Deshalb trafen sich Minister der EU-Länder zu dieser Zeit, um die Migranten umzuverteilen. Dazu gab es Streit, weil namentlich Ungarn und die Slowakei die betroffenen Beschlüsse nicht anerkennen wollten. Am 22.09.2015 beschlossen die Innenminister der EU (gegen den Widerstand aus Ungarn und der Slowakei) sowie Rumänien und Tschechien, 120.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien auf andere EU-Länder umzuverteilen. An und für sich sollte die Verteilung der 120.000 Flüchtlinge am 26. dieses Monats abgeschlossen sein. Bis heute allerdings wurden nur ca. 27.700 Menschen verteilt. Bisher hat lediglich Malta mit der Übernahme von 131 Flüchtlingen die Quote erreicht. Wenn Länder wie Slowakei, Ungarn, Polen und Tschechien ihre Quoten nicht erfüllen und Flüchtlinge übernehmen, drohen ihnen bei dieser Verweigerungshaltung Klagen der EU-Kommission vor dem EuGH in Luxemburg.

Zu einer der **4 Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes** gehört es, dass sich Arbeitskräfte frei am Markt bewegen können. Es sollte aber nur der kommen, der willkommen ist. Im deutschen Grundgesetz steht es, dass politisch Verfolgte Asylrecht genießen. Wer es also schafft, Deutschland zu erreichen, ist in vielerlei Hinsicht den deutschen Staatsbürgern gleichgestellt (zum Beispiel in der Gesundheitsversorgung). Für die Leute ist das wie ein Haupttreffer im Lotto. Selbst die Personen, die nicht politisch verfolgt werden, sondern nur Schutz vor Krieg oder Bürgerkrieg suchen, haben bei Ankunft in Deutschland weitreichende Ansprüche. Dass das zu Konflikten mit der heimischen Bevölkerung führen könnte, ist selbstverständlich. Statt sich Schlepperbanden anzuvertrauen oder unter den größten Gefahren über die Meere oder durch die Wüste (also über Land oder Wasser) zu quälen, könnten sich Ausreisewillige entsprechende Legitimationen bei ihrer Regierung erfragen. Die Botschaften und Konsulate der jeweiligen Länder lehnen das aber routinemäßig ab. Ende des vergangenen Monats haben sich Regierungschefs der wichtigsten EU-Staaten mit Politikern aus Libyen, dem Niger und Chad getroffen, um über die Fluchtbewegungen zu reden. Wir meinen, dass ein Recht auf Zuwanderung nur der haben sollte, der von dem jeweiligen Land auch eingeladen ist. Diese Einwanderung sollte im Interesse des Immigranten sowie der Einheimischen liegen. Deshalb sollten vor der Zuwanderung Arbeitsverträge abgeschlossen werden, oder aber Privatpersonen sollten für den Immigranten bürgen. Schließlich weiß die Politik nicht, welche Arbeitnehmer benötigt werden, sondern nur die jeweiligen Unternehmen. Von den Einwanderungswilligen sollte ein „Eintrittsgeld“ (zum Beispiel unterschiedliche Besteuerung) verlangt werden, die die heimischen Bürger für die negativen Effekte der Zuwanderung entschädigt. Damit ist auch sichergestellt, dass die Qualifikation des jeweiligen Migranten (durch unterschiedliche Steuersätze) bewertet wird. Das würde bei den Einheimischen sicherlich Zuspruch finden. In Deutschland sind es nicht große DAX-Konzerne oder Weltmarktführer, die Flüchtlinge beschäftigen, sondern in erster Linie Zeitarbeitsfirmen. Angesichts des deutschen Arbeitsmarktes gelten „Personalverleiher“ immer noch als „Schmuddelkinder“.

Laut Wirtschaftswoche vom 25.08.2017 haben hierzulande arbeitende Migranten 2016 ca. 4,2 Milliarden Euro in ihre Herkunftsländer überwiesen. Eine besondere Zunahme verzeichnete die Bundesbank bei den osteuropäischen EU-Staaten. Das meiste Geld ging in die Türkei mit ca. 822 Millionen Euro und nach Syrien mit 67 Millionen Euro.

In Deutschland ist die **Bundestagswahl** gelaufen – das Ergebnis ist jedem bekannt. Die Stimmenverluste haben eindeutig bei der CDU/CSU mit der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu tun. Der nicht authentische und in der Darstellung wenig glaubwürdige Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, ist mit dem Thema Gerechtigkeit gescheitert. Uns Deutschen ging es selten so gut wie heute. Trotz gewonnener Wahl sollte es für die CDU/CSU nicht so weitergehen wie bisher. Die stagnierende Produktivität muss belebt werden, das Bildungssystem (gekoppelt mit Digitalisierung – auch an den Lehranstalten) ist verbesserungswürdig. Bei der Infrastruktur wäre Hand anzulegen und viele Schaufelbagger könnten Straßen und Brücken verbessern. Deutschland muss „Zukunftsprojekt 4.0“ werden. Das Steuerrecht wäre überholungswürdig, Vorgaben, die zur Gleichheit führen würden, könnte man verstehen. Das forderte schon 2005 Professor Paul Kirchhof (den Gerhard Schröder seiner Zeit abschätzig als Professor aus Heidelberg betitelte).

Der künftige Bundestag wird so groß, wie noch nie. Bisher gab es die größte Anzahl an Abgeordneten in den Jahren 1994 (672 Sitze) und 2013 (631 Sitze). In 2017 müssen noch einige Stühle dazu gestellt werden, denn der Bundestag wird mit 709 Sitzen so groß wie noch nie.

Deshalb heute ein lautstarker Aufruf an die zuständigen Politiker: Es gibt bei uns noch viel zu tun - packen wir's an!

Die Edelstahl- und die Rohstoffmärkte

Erst zum Beginn des 20. Jahrhunderts wurde durch die Firma Friedrich Krupp in Essen ein Problem gelöst, nämlich die Korrosionsbeständigkeit beim Stahl. Am 17.10.1912 meldete man beim Reichspatentamt in Berlin die „Herstellung von Gegenständen, die hohe Widerstandskraft gegen Korrosion erfordern...“ zum Patent an. 1922 wurde das Warenzeichen geschützt. Zur gleichen Zeit begann auch das Haus Thyssen mit der Produktion nichtrostender Stähle. Jedem ist inzwischen bekannt, dass Herr Hiesinger das Tafelsilber verkaufte, denn heute gehört ThyssenKrupp Nirosta zu Outokumpu, Finnland. Das allerletzte Tafelsilber soll jetzt verkauft werden, denn ThyssenKrupp-Chef Heinrich Hiesinger strebt eine Fusion der Stahlsparte mit dem indischen Konzern Tata Steel an. An dem entstehenden Stahlgiganten (es wäre nach ArcelorMittal der zweitgrößte der Welt) wären beide zu 50% beteiligt. Ca. 48.000 Mitarbeiter würden beschäftigt. Gegen den Wegfall von über 2.000 Stellen in Deutschland laufen im Augenblick Gewerkschaften und Politik Sturm. Die geplante Absichtserklärung zur Fusion soll Anfang des nächsten Jahres unterschrieben werden und wäre anschließend mit Standort Holland besiegelte Sache. Den Kulturwandel, nämlich weg vom Stahl, hätte H. Hiesinger dann endgültig geschafft.

Anfang dieses Monats war der **Nickel**preis auf einem Zwei-Jahres-Hoch. Da die Nachfrage der Chinesen nach Rohstoffen (besonders nach Nickel) im Augenblick sehr stark ist, gibt es für die nächsten Wochen kein Anzeichen auf einen Preisverfall. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Indonesien dem Markt mehr Nickelerze zur Verfügung stellt.

Da die **Chrom**preise für das 4. Quartal um 20% gestiegen sind, ist mit einem Anstieg bei den Chromstahlgütern zu rechnen. Der Bedarf Chinas an Ferrochrom ist nicht rückläufig, so dass man durchaus die ex Südafrika verfügbaren Mengen als knapp ansehen kann.

Auch beim **Molybdän**preis sieht man in nächster Zeit eine steigende Tendenz.

Sollte der wichtigste Stahlverbraucher der Welt, China, bis Ende 2018 das Recyceln von Altkupfer verbieten (es belastet die Luft sehr stark), könnte der Kupferpreis nach oben schießen. Die nachstehende Tabelle zeigt, dass sich der Schrottpreis nur in Zeitlupe nach oben bewegt. Zu erwarten ist, dass er in nächster Zeit eine schnellere Schrittfolge aufnehmen wird.

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2016 €/to	tiefst 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 €/to	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Dez.. 295	Feb/Apr /Mai 190	390	400	400	410	400	300	370	365	370			
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Dez. 1.080	Jan. 740	1.130	1.190	1.200	1.140	1.050	890	1.020	1.030	1.040			
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Dez. 1.350	Jan/Mai 1.000	1.410	1.500	1.510	1.450	1.370	1.200	1.320	1.340	1.380			

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs €/ US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.1910	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
03.01.2017	1.0416	10.205	10.270	372.066	982	1.468
01.02.2017	1.0756	10.025	10.075	382.620	929	1.413
01.03.2017	1.0563	11.000	11.065	377.778	1.045	1.449
03.04.2017	1.0661	9.965	10.030	376.476	935	1.431
26.04.2017	1.0872	9.255	9.330	379.338	850	1.400
02.05.2017	1.0909	9.485	9.505	379.182	870	1.398
01.06.2017	1.1211	8.830	8.865	384.966	787	1.560
03.07.2017	1.1366	9.370	9.410	371.460	824	1.408
01.08.2017	1.1798	10.155	10.205	372.936	860	1.355
01.09.2017	1.1860	12.005	12.080	388.824	1.007	1.343
22./25.09.2017	1.1850	10.586	10.611	380.562	876	1.348

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

Aufgrund der veränderten Rohstoffpreise werden sich die Legierungszuschläge im letzten Quartal 2017 nach oben verändern. Bei dieser Entwicklung ist zu befürchten, dass die Grundpreise ebenfalls ansteigen. Trend: Grundpreise und LZ nach oben!

W-Nr.	Tiefste LZ 2016 €/to	Höchste LZ 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 Trend	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
4016	03/16 - 400	12/16 - 552	624	810	790	808	769	732	715	620	566	618	↑	
4113	03/16 - 474	12/16 - 672	754	945	930	963	944	896	858	751	704	764	↑	
4301	03/16 - 827	12/16 - 1.196	1.340	1.434	1.404	1.455	1.350	1.242	1.190	1.105	1.109	1.250	↑	
4310 *)	03/16 - 780	12/16 - 1.124	1.261	1.365	1.337	1.384	1.287	1.187	1.136	1.050	1.048	1.179	↑	
4310Mo*)	03/16 - 807	12/16 - 1.175	1.315	1.415	1.391	1.448	1.367	1.263	1.199	1.109	1.115	1.247	↑	
4404	03/16 - 1.134	12/16 - 1.680	1.873	1.947	1.926	2.021	1.936	1.781	1.665	1.556	1.597	1.783	↑	
4509	03/16 - 517	12/16 - 667	742	929	906	923	885	848	831	733	678	731	↑	
4521	03/16 - 633	12/16 - 879	973	1.169	1.159	1.208	1.208	1.151	1.089	970	931	999	↑	
4539	03/16 - 1.976	12/16 - 2.954	3.292	3.260	3.239	3.416	3.271	2.984	2.762	2.634	2.774	3.114	↑	
4571	03/16 - 1.150	12/16 - 1.703	1.899	1.969	1.947	2.044	1.957	1.799	1.681	1.573	1.616	1.805	↑	
4828	03/16 - 1.047	12/16 - 1.518	1.701	1.773	1.740	1.805	1.669	1.527	1.454	1.359	1.382	1.566	↑	

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Das KGW-Team